

Ihr Gesprächspartner/in: M.Knülle,H.-W.Schäfer

**Gremium: Wirtschaftsförderungs- und
Liegenschaftsausschuss
Sitzungstermin: 26.02.02**

Verteiler: Vorsitzende(r), I, II, III, IV, BRB

Federführung:

öffentlich
 nicht öffentlich

**Rückgabetermin:
erledigt am:**

Antrag
 Dringlichkeitsantrag

**Datum: 09. 01. 2002
Drucksachen-Nr.: 02/8**

Betreff:

Einrichtung eines Technologiezentrums in der Stadt Sankt Augustin

Beschlussvorschlag/Fragestellung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeption für die Errichtung eines Technologiezentrums zu erstellen.
2. Zur Realisierung dieses Vorhabens, soll eine Privat-Public-Partnership (PPP) mit regionalen Investoren eingegangen werden.
3. Im Hinblick auf einen geeigneten Standort nimmt die Verwaltung mit der Hagen-Stiftung Kontakt auf, die Eigentümerin möglicherweise idealer Grundstücke für dieses Vorhaben ist.
4. Bei der Erstellung des Konzeptes, soll die Stadt eine Kooperation mit der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg und der Fraunhofer Gesellschaft eingehen, um auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Erfordernisse heutiger Existenzgründungen planen zu können.
5. Über die zukünftige Trägerschaft soll mit der Fachhochschule, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft verhandelt werden.
6. Die erstellte Konzeption soll bis spätestens zum Ende des 3. Quartals 2002 den Gremien der Stadt vorgestellt werden, damit die entsprechenden Verträge vorbereitet und die Investitionsmittel rechtzeitig in den Haushalt 2003 eingestellt werden können.

Problembeschreibung/Begründung:

In zunehmendem Maße werden erfreulicherweise aus der Fachhochschule heraus kleinere Unternehmen gegründet. Auch finden immer noch Ausgründungen aus der ehemaligen GMD, heute Fraunhofer-Gesellschaft, statt.

Der Technopark der Fraunhofer-Gesellschaft, in dem sich bisher Ausgründungen der FhG ansiedelten, ist hierfür nur noch eingeschränkt nutzbar, da die meisten Büroflächen an die Deutsche Telekom vermietet worden sind.

Junge Unternehmen in Sankt Augustin haben das Problem, dass sie entweder nur Büroräume finden, die sehr langfristigen vermietet sind, oder dass sie selber bauen müssen. Beides ist für die Ansiedlung junger Unternehmen ein zu großes Risiko, da sie ihre Entwicklung nicht genau vorhersagen können. Darüber hinaus entwickeln sich Unternehmen der "New Economy" ziemlich unvorhersehbar. Oft wird der Bedarf an mehr Mitarbeitern und mehr Bürofläche innerhalb kürzester Zeit ersichtlich. Die vorhandenen Büroflächen sind hierfür nicht flexibel genug.

Die Stadt Sank Augustin benötigt dringend ein Technologiezentrum, um als Stadt von dem Standortbonus Fachhochschule und Fraunhofer-Gesellschaft zu profitieren. Bisher profitieren leider hauptsächlich die Nachbarkommunen davon. Das Gründerzentrum muss flexibel in der Gestaltung und in den angebotenen Büroflächen sein. Mietverträge sollten kurze Laufzeiten und einen attraktiven Mietpreis haben. Das Technologiezentrum soll die notwendige Grundausstattung (z.B. Datenleitung) für Unternehmen bereitstellen.

Es soll konzeptionell die Angebote der Fraunhofer-Gesellschaft im Technopark und der Fachhochschule im Neubau ergänzen. Eine gemeinsame Konzeption könnte die Lücke zwischen der Gründung eines Unternehmens und der Ansiedlung als ständiges mittelständiges Unternehmen schließen.

Um dies als Kommune nicht alleine zu finanzieren oder auch in der späteren Entwicklung entstehende Risiken minimieren zu können, soll eine Privat-Public-Partnership eingegangen werden. Investoren haben an einem solchen Modell bereits Interesse gezeigt. So könnten Investitionskosten und möglicherweise ausbleibende Mieteinnahmen mit dem Investor geteilt werden. Bei einem guten Verlauf ist damit zu rechnen, dass die Investitionskosten langfristig durch die anteiligen Mieteinnahmen und das zusätzliche Aufkommen an Gewerbesteuer wieder eingenommen werden können.

Besonders der wichtigen Rolle des Mittelstandes bei der Schaffung von Arbeitsplätzen würde hiermit entsprochen. Im IT-Bereich bestehen noch außergewöhnliche Wachstumsmöglichkeiten, die als Folge die Schaffung von Arbeitsplätzen mit sich ziehen werden.

Durch einen Modulbau könnten ansprechende, aber trotzdem günstige Büroflächen geschaffen werden. Durch den Modulbau soll erreicht werden, dass bei Bedarf auch weitere Büroflächen an das Gebäude angebaut werden können. So könnte das Ziel erreicht werden, Unternehmen in ihrer Wachstumsphase so lange zu begleiten, bis sie in der Lage sind, sich für einen eigenen Bau bzw. für eine langfristige Anmietung in Sankt Augustin zu entscheiden.

Die Hagen-Stiftung, die als Ziel die regionale Unterstützung der Wirtschaft hat, ist im Besitz sehr interessanter Grundstücke im Stadtgebiet, die hierfür eventuell geeignet wären. Eine Ansiedlung in der Nähe der FH wäre aber höchstwahrscheinlich konzeptionell idealer und deshalb auch zu prüfen.

Eigentlich ist eine solche Maßnahme längst überfällig und Bedarf einer hohen Priorität. Gemessen aber an den Erfahrungen muss davon ausgegangen werden, dass erst im Jahr 2003 ein solches Vorhaben realisiert werden kann. Die notwendigen Mittel müssten durch einen Kraftakt im Haushalt zur Verfügung gestellt werden.

Sankt Augustin darf nicht die Chance verpassen, die enormen Möglichkeiten, die durch die Standorte von Fraunhofer-Gesellschaft und Fachhochschule geboten werden, im Interesse der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger intensiv zu nutzen.

Gez. Marc Knülle

Heinz-Willi Schäfer